

Antrag auf Gewährung von

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Viertes Kapitel SGB XII)
- Hilfen zum Lebensunterhalt (Drittes Kapitel SGB XII)
- Hilfen zur Gesundheit (Fünftes Kapitel SGB XII)



KREIS BERGSTRASSE
DER KREISAUSSCHUSS

Kreis Bergstraße
Der Kreisausschuss
Amt für Soziales
Graben 15
64646 Heppenheim

Hinweis:
Aufgrund der Einführung der digitalen Aktenführung bitten wir, **ab sofort keine Originalunterlagen mehr einzureichen.**

Erstantrag / Erste Vorsprache am

Wird von der Behörde ausgefüllt!

Ich/Wir [Bei Minderjährigen ist der Antrag von den Eltern oder dem sorgeberechtigten Elternteil zu stellen / Bei Pflegepersonen Legitimation nach § 1688 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)]

Name _____ Vorname _____ Geburtsdatum _____ Wohnort _____

Telefon-Nr. / Handy-Nr. _____

beantrage/n die oben angekreuzten Hilfen/Leistungen.

Begründung für die Beantragung der Leistung/Ursache der Notlage:

Bei Bedarf auf einem gesonderten Blatt näher erläutern!

Wurden bereits **Sozialleistungen (z.B. Wohngeld, BAföG, SGB II oder SGB XII-Leistungen usw.)** bei anderen Behörden/Ämtern beantragt und/oder bewilligt?

nein ja Falls ja, von wem bewilligt?: _____

In welchem Zeitraum?: _____

Persönliche Verhältnisse	a) des / der Hilfesuchenden	b) des Ehegatten / Lebensgefährten / der Eltern	c) des Kindes
1. Name			
ggf. Geburtsname			
2. Vorname(n)			
Geschlecht:	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich
3. Geburtsdatum			
4. Geburtsort/ Kreis/Land			
5. Staatsangehörigkeit			
6. Familienstand			
a) falls nicht ledig: Datum und Ort der Eheschließung			
b) wenn geschieden: Gericht, Datum und Az. des Urteils (Scheidungsurteil beifügen)			
c) getrennt lebend seit: Datum der Trennung			
e) eheähnl. Gemeinschaft	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
f) verwitwet seit:			
g) nichteheähnliche Lebensgemeinschaft seit:			
h) eingetragene Lebenspartnerschaft seit:			
7. Wohnen weitere Personen in Ihrem Haushalt?	Name, Vorname	Geburtsdatum	Familienstand ggf. eheähnl. Gemeinschaft
	a) 4. Person		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
	b) 5. Person		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
	c) 6. Person		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
8. Wohnung			
a) PLZ, Wohnort			
b) Straße, Hausnummer			
d) Haushaltssituation des Hilfesuchenden	<input type="checkbox"/> eigener Haushalt <input type="checkbox"/> im Haushalt der Eltern <input type="checkbox"/> bei Verwandten / Pflegeeltern <input type="checkbox"/> Gemeinschaftsunterkunft <input type="checkbox"/> voll-/teilstationäre Unterbringung		
9. Wo war der Antragsteller vorher wohnhaft / untergebracht? Bitte Anschrift und Zeitraum (insbesondere in den letzten 2 Monaten vor der Antrag- stellung) angeben:			
10. Ausweispapiere			
Art und Nummer	_____	_____	_____
Ausstellungstag	_____	_____	_____
Ausstellungsbehörde	_____	_____	_____

Spätaussiedler: (Falls ja, bitte Bescheinigung nach § 15 des Bundesvertriebenengesetzes vorlegen)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja falls ja: Ist die Verteilung länger als 3 Jahre her? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja falls ja: Ist die Verteilung länger als 3 Jahre her? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja falls ja: Ist die Verteilung länger als 3 Jahre her? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Kontingentflüchtlinge: (Aufnahmebescheid beifügen)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Asylbewerber: Asylantragsdatum Zuweisungsdatum	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja _____ _____	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja _____ _____	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja _____ _____
11. Ausländer: Zuzug nach Deutschland am			
a) aufenthaltsrechtlicher Status			
b) befristet bis			
12. Besteht ein gerichtlich angeordnetes Betreuungsverhältnis?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Falls ja: Name und Anschrift des Betreuers: (Bitte Betreuerausweis vorlegen)	_____ _____ _____	_____ _____ _____	_____ _____ _____

13. Unterhaltspflichtige Angehörige außerhalb des Haushalts

a) Bei getrennt lebenden oder geschiedenen Hilfesuchenden - <u>Angaben zum getrennt lebenden / geschiedenen Ehegatten des Hilfesuchenden</u>	
Es ist ein/e getrennt lebende/r oder geschiedene/r Ehegatte/in oder Lebenspartner/in vorhanden	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Bei ja, bitte alle nachfolgenden Felder ausfüllen
Name, Vorname des/der getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten/in, Lebenspartners/in	
Straße, Haus-Nr. PLZ, Ort	
Geburtsdatum und -ort	
jährliches Einkommen in EUR des/der getrennt lebenden/ geschiedenen Ehegatten/in bzw. Partners/Partnerin	
derzeit ausgeübter Beruf (bei keiner Erwerbstätigkeit - Angabe, mit welchen Mitteln der Lebensunterhalt bestritten wird)	
Arbeitgeber	
Bestehen Unterhaltsansprüche gegen geschiedene oder getrennt lebende Ehegatten/Ehegattinnen oder Partner(innen) einer Lebenspartnerschaft?	<input type="checkbox"/> ja, getrennt lebenden / nachehelichen Unterhalt wird bereits geleistet in Höhe von _____ € monatlich od. durch folgende Sachleistung: _____

<p>Besteht bereits anwaltliche Vertretung? Name und Adresse der Vertretung</p>	<p><input type="checkbox"/> ja, Unterhaltsansprüche sind jedoch noch nicht geltend gemacht</p> <p><input type="checkbox"/> ja, Unterhaltsansprüche sind bereits geltend gemacht</p> <p><input type="checkbox"/> ja, Unterhaltsansprüche sind bereits tituliert (vollstreckbarer Titel, Urkunde beifügen)</p> <p><input type="checkbox"/> nein, Begründung (ggf. gesondertes Blatt beifügen):</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p><input type="checkbox"/> auf Unterhalt wurde verzichtet, Begründung:</p> <p>_____</p> <p>_____</p>
<p>b) Bei minderjährigen Kindern - <u>Angaben zum anderen (nicht betreuenden) Elternteil / zu nicht betreuenden Elternteilen des Hilfesuchenden</u></p>	
<p>Es gibt einen nicht betreuenden Elternteil</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Bei ja, bitte alle nachfolgenden Felder ausfüllen</p>
<p>Name, Vorname des nicht betreuenden Elternteils</p>	
<p>Straße, Haus-Nr. PLZ, Ort</p>	
<p>Geburtsdatum und -ort</p>	
<p>derzeit ausgeübter Beruf des Kindes (bei keiner Erwerbstätigkeit - Angabe, mit welchen Mitteln Lebensunterhalt bestritten wird)</p>	
<p>monatliches Einkommen in EUR (ggf. geschätzt) des nicht betreuenden Elternteils</p>	
<p>Wurde schriftlich zur Zahlung von Unterhalt aufgefordert?</p> <p>Falls Sie in der Unterhaltsangelegenheit jugendamtlich oder anwaltlich vertreten werden, bitte Namen und Adresse angeben.</p> <p>1) Besteht bereits ein Unterhaltstitel (Urteil, Jugendamtsurkunde, Vergleich)? (Falls ja, Kopie beifügen)</p> <p>2) Wird Kindesunterhalt gezahlt?</p> <p>3) Wird Betreuungsunterhalt gezahlt?</p>	<p><input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p><input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Falls ja, in Höhe von _____ EUR monatlich</p> <p><input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Falls ja, in Höhe von _____ EUR monatlich</p>
<p>c) Bei volljährigen Hilfesuchenden - <u>Angaben zu den Eltern des Hilfesuchenden</u></p>	
<p>Es sind noch Eltern vorhanden</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Bei ja, bitte alle nachfolgenden Felder ausfüllen</p>

Name, Vorname des Vaters , Adresse, Geburtsdatum, ggf. Sterbedatum derzeit ausgeübter Beruf des Vaters, bei fehlender Erwerbstätigkeit - Angabe, mit welchen Mitteln der Lebensunterhalt bestritten wird	
Name, Vorname der Mutter , Adresse, Geburtsdatum, ggf. Sterbedatum derzeit ausgeübter Beruf der Mutter, bei fehlender Erwerbstätigkeit - Angabe, mit welchen Mitteln der Lebensunterhalt bestritten wird	
- <u>Angaben zu den Kindern des Hilfesuchenden (falls mehr als drei Kinder vorhanden, bitte Angaben auf einem gesonderten Blatt erfassen)</u>	
Es sind Kinder vorhanden	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Bei ja, bitte alle nachfolgenden Felder ausfüllen und bei mehr als drei Kindern bitte Angaben auf einem gesonderten Blatt erfassen
Name, Vorname, Geburtsdatum des Kindes	
Straße, Haus-Nr. PLZ, Ort	
derzeit ausgeübter Beruf des Kindes (bei keiner Erwerbstätigkeit - Angabe, mit welchen Mitteln der Lebensunterhalt bestritten wird)	
Arbeitgeber	
Name, Vorname, Geburtsdatum des Kindes	
Straße, Haus-Nr. PLZ, Ort	
derzeit ausgeübter Beruf des Kindes (bei keiner Erwerbstätigkeit - Angabe, mit welchen Mitteln der Lebensunterhalt bestritten wird)	
Arbeitgeber	
Name, Vorname, Geburtsdatum des Kindes	
Straße, Haus-Nr. PLZ, Ort	
derzeit ausgeübter Beruf des Kindes (bei keiner Erwerbstätigkeit - Angabe, mit welchen Mitteln der Lebensunterhalt bestritten wird)	
Arbeitgeber	
Besteht die Möglichkeit, dass eine der oben genannten Personen (Kinder oder Eltern) ein jährliches Gesamteinkommen von oder über 100.000 Euro hat?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls ja, welche Person? _____

14. Einkommen (Bitte ggf. Einkommensnachweise der letzten 12 Monate beifügen!)

z.B. Steuerbescheid, Rentenbescheid, Kindergeldbescheid, Gehaltsbescheinigungen für 12 Monate

bitte ankreuzen	Einkommensart	1. Person		2. Person	
		Mtl. Betrag (Nicht monatliche Betragsangabe bitte kennzeichnen)	Zahlung beantragt am, Aktenzeichen, Stand des Verfahrens	Mtl. Betrag (Nicht monatliche Betragsangabe bitte kennzeichnen)	Zahlung beantragt am, Aktenzeichen, Stand des Verfahrens
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Renten / Pensionen (z.B. Rente wg. Erwerbsminderung, Alter, Unfall, landwirtsch. Altersgeld, Witwen- oder Waisenrente, Kinderzuschuss/-zulage, Pflegegeld zur Rente, Werksrente, auch ausländische Renten o.ä.)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Wohngeld / Lastenzuschuss				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistungen der Arbeitsförderung (SGB III, z.B. Arbeitslosengeld, Eingliederungshilfe, Berufsausbildungsbeihilfe)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Nichtselbständige Tätigkeit (z.B. Erwerbseinkommen, Ausbildungsvergütung, Entgelt der WfbM)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistung der Krankenkasse (einschl. Arbeitgeberzuschuss)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Gewerbebetrieb				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Land- und Forstwirtschaft				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Sonstige selbständige Tätigkeit				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Vermietung und Verpachtung (Untermiete bei 18.1 angeben!)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistungen des Lastenausgleichsamtes (z.B. Unterhalts- hilfe, Pflegegeld, Entschädigungsrente)				

bitte ankreuzen		1. Person		2. Person	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Leistungen für Kinder (z.B. Kindergeld, Kinderzuschlag)	Betrag _____		Betrag _____	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Wird das Kindergeld an das Kind weitergegeben?	Betrag _____		Betrag _____	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Ausbildungsförderung				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Unterhalt (auch Leistungen angeben, die der Kindergeldberechtigte aus seinem durch Kindergeld erzielten Einkommen erbringt)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Privatrechtliche geldwerte Ansprüche (z.B. Beköstigung, Wohnrecht, Taschengeld, Leibrente, Pflegegeld)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Steuererstattung				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Kapitalerträge (z.B. Zinsen)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Guthaben aus Abrechnungen (z.B. Nebenkostenabrechnung)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Sonstige Einkünfte				

15. Vom Einkommen evtl. absetzbare Beträge (soweit nicht bereits unter Ziff. 14 berücksichtigt) (Bitte Nachweise beifügen!)

Ausgaben	Mtl. Betrag	Mtl. Betrag
Steuern auf das Einkommen		
Sozialversicherungsbeiträge		
Haftpflichtversicherung		
Hausratversicherung		
Altersvorsorgebeiträge		
Sterbeversicherung		
Aufwendungen für Arbeitsmittel		
Beiträge für Berufsverbände oder ähnliche Einrichtungen		
Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstelle	km	km
Kosten öffentl. Verkehrsmittel		
bei Nutzung eines Kfz.	<input type="checkbox"/> PKW <input type="checkbox"/> Motorrad <input type="checkbox"/> Mofa	<input type="checkbox"/> PKW <input type="checkbox"/> Motorrad <input type="checkbox"/> Mofa

16. Bargeld, Guthaben (z.B. Spar- und Girokonten) und sonstiges Vermögen im In – und Ausland (Bitte Nachweise beifügen!)

bitte ankreuzen	Art des Vermögens	1. Person		2. Person	
		Belegter Vermögenswert	Geschätzter Vermögenswert	Belegter Vermögenswert	Geschätzter Vermögenswert
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Bargeld				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Bank- / Sparguthaben (einschl. vermögenswirks. Leistungen)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Wertpapiere / Aktien				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Forderungen				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Lebensversicherungen (aktueller Rückkaufwert inkl. Überschussanteil nachweisen)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Hauseigentum auch im Ausland				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Sonstiger Grundbesitz auch im Ausland				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Kraftfahrzeug(e)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester-Rente)				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Ansprüche aus vertraglichen Vereinbarungen (z.B. Wohnrecht, Nießbrauch, Altenteilsrechte) auch im Ausland				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Sonstige Forderungen oder Ansprüche gegen Dritte				
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Sonstiges Vermögen (z.B. Schmuck, Gemälde, Antiquitäten, Münz- und Briefmarkensammlung o.ähnl.)				

17. Vermögensübertragungen

Wurde Vermögen in den letzten 10 Jahren vor Antragstellung auf andere Personen übertragen (z.B. Schenkung, Übergabevertrag, Altenteil, vorgezogene Erbfolge)?	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
	<input type="checkbox"/> ja, ohne besonderen Vertrag	<input type="checkbox"/> ja, ohne besonderen Vertrag
	<input type="checkbox"/> ja, siehe beigefügte Urkunde falls ja: wann? _____ in welcher Höhe? _____	<input type="checkbox"/> ja, siehe beigefügte Urkunde falls ja: wann? _____ in welcher Höhe? _____

18. Fragen zur Bedarfsfeststellung:

18.1 Mietwohnung – besondere Wohnform oder sonstige monatliche Kosten der Unterkunft –

Zahl der Personen in der Wohnung:	Person(en)	Wohnfläche:	m ²	Baujahr des Hauses:
Kaltmiete:		EUR		
Nebenkosten:		EUR		
Heizkosten:		EUR		
Enthalten die oben genannten Beträge				
- Kosten für Strom?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	falls ja, Höhe:		EUR
- Gibt es Elektroboiler?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
- Kosten für Schönheitsreparaturen?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	falls ja, Höhe:		EUR
- Kosten für den Fernsehempfang über Kabel?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	falls ja, Höhe:		EUR
falls ja: zählen Sie den Fernsehempfang über Kabel zu Ihren persönlichen Bedürfnissen? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein				

Höhe der Einnahmen aus Untervermietung: EUR möbliertes Zimmer möblierte Wohnung Leerzimmer

Hinweise zur Wohnungsgröße und zu den Unterkunfts-kosten: (Bitte lassen Sie sich ggf. beraten)

Art der Beheizung: Kohle Öl Gas Strom
 Fernwärme Sonstige Art

Möchten Sie, dass die Miete an den Vermieter überwiesen wird? ja nein

18.2 Haus- / Wohnungseigentum

Soweit Sie Haus- / Wohnungseigentum selbst bewohnen, fügen Sie dem Antrag in Kopie bei:

aktueller Grundbuchauszug Nachweis über die Höhe des Einheitswertes

18.2.1. Angaben zur Wohnfläche

18.2.1.1 Der Wohnraum enthält _____ Räume einschl. Küche mit insgesamt _____ m² Wohnfläche einschließlich Nebenräume *)

*) Nebenräume sind: Flure, Dielen, Speisekammer, Bäder, Abstellräume innerhalb der Wohnung, usw.

18.2.1.2 Ist ein Teil der Gesamtfläche
 untervermietet oder einer anderen Person überlassen? nein ja, mit _____ m²
 ausschließlich gewerblich oder beruflich genutzt? nein ja, mit _____ m²

18.2.1.3 Wie hoch ist die monatliche Mieteinnahme aus der Untervermietung? _____ €.

18.2.2 Wie hoch ist die jährliche Belastung aus den Fremdmitteln?

(Bitte sämtliche Darlehen angeben, die für die Wohnraumbeschaffung/Instandsetzung oder Umbau/Erweiterung aufgenommen wurden)

Name des Geldinstitutes				
Ursprünglicher Darlehensbetrag				
Restdarlehen				
Zins- und Tilgungsleistung monatlich				
Jahresleistung				

Die jeweils letzten Jahreskontoauszüge sowie die Darlehensverträge sind in Kopie beizufügen.

18.2.2.1 Bestehen Darlehensrückstände? nein ja
wenn ja, Zeitraum und Höhe angeben _____

18.2.2.2 Wurde eine Zwangsversteigerung eingeleitet? nein ja
wenn ja, von wem? _____

18.2.2.3 Erhalten Sie Zuschüsse zur Aufbringung der Belastung (z.B. Wohnraumförderung) nein ja
Falls ja, von wem, seit wann und in welcher Höhe monatlich? _____ €
Betrag

(Bitte Nachweise in Kopie beifügen)

18.2.3 Ausstattung der Wohnung / des Hauses				
18.2.3.1	Die Wohnung / das Haus ist ausgestattet mit Sammelheizung	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
18.2.3.2	<input type="checkbox"/> Elektroheizung	<input type="checkbox"/> Fernwärme	<input type="checkbox"/> Öl	<input type="checkbox"/> Gas <input type="checkbox"/> Warmwasserboiler
18.2.3.3	Wird das Wasser über die Zentralheizung erwärmt?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	

18.3 Schwerbehinderung

Persönliche Verhältnisse	des / der Hilfesuchenden	des Ehegatten/ Lebensgefährten / der Eltern	des Kindes
Sind Sie schwerbehindert?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Wurde bereits ein Schwerbehindertenausweis erteilt? (Bitte Kopie des Ausweises beifügen)	<input type="checkbox"/> ja, gültig bis _____ <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> beantragt <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja am _____ Merkzeichen G oder aG <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, gültig bis _____ <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> beantragt <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja am _____ Merkzeichen G oder aG <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, gültig bis _____ <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> beantragt <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja am _____ Merkzeichen G oder aG <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

18.4 Mehrbedarf	1. Person	2. Person
Besteht eine Schwangerschaft? (Ggf. Schwangerschaftswoche nachweisen)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Schwangerschaftswoche: _____	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Schwangerschaftswoche: _____
Sind sie alleinerziehend?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, bitte Namen und Geburtsdaten der minderjährigen Kinder in Ihrem Haushalt auf einem gesonderten Blatt angeben!	
Erhalten Sie Leistungen vom Landeswohlfahrtsverband (LWV)?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Bedürfen Sie krankheits- oder behinderungsbedingt einer kostenaufwendigen Ernährung? (z.B. dialysepflichtige Niereninsuffizienz, Zöliakie / Sprue oder eine besonders schwerwiegende Erkrankung)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, falls ja, bitte gesonderten Antrag auf Krankenkostzulage beifügen	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, falls ja, bitte gesonderten Antrag auf Krankenkostzulage beifügen

18.5 Kranken- / Pflegeversicherung (Bitte Nachweise beifügen, bei privater Versicherung unbedingt Leistungsumfang darlegen!)

Bei welcher Krankenkasse sind Sie Mitglied?		
Wie hoch ist der Monatsbeitrag?:		
Wie sind Sie versichert?	<input type="checkbox"/> keine Versicherung <input type="checkbox"/> als freiwilliges Mitglied <input type="checkbox"/> als Rentner/in <input type="checkbox"/> als Rentenantragsteller/in <input type="checkbox"/> als Pflichtmitglied <input type="checkbox"/> als Familienversicherter <input type="checkbox"/> privat	<input type="checkbox"/> keine Versicherung <input type="checkbox"/> als freiwilliges Mitglied <input type="checkbox"/> als Rentner/in <input type="checkbox"/> als Rentenantragsteller/in <input type="checkbox"/> als Pflichtmitglied <input type="checkbox"/> als Familienversicherter <input type="checkbox"/> privat

Sofern Sie freiwillig oder privat versichert sind, bitten wir eine Bestätigung der Beitragshöhe in Kopie beizufügen.

18.6 Persönliche Situation

Wünschen Sie Beratung und Unterstützung?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein falls „ja“, zu welchen Umständen Ihrer persönlichen Situation?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein falls „ja“, zu welchen Umständen Ihrer persönlichen Situation?
--	---	---

Belehrung:

Ich versichere, dass die im Antrag und in den Anlagen gemachten Angaben vollständig sind und der Wahrheit entsprechen. Insbesondere bestätige ich, dass die zu meinem Haushalt rechnenden Familienmitglieder und andere Personen keine weiteren Einnahmen als die angegebenen haben, auch nicht aus gelegentlicher Tätigkeit. Mir ist bekannt, dass nach § 263 Strafgesetzbuch (StGB) bei falschen oder unvollständigen Angaben eine strafrechtliche Verfolgung wegen Betruges möglich ist.

Komme ich meinen Mitwirkungspflichten bei der Bearbeitung dieses Grundantrages und dessen Anlagen nach § 60 SGB I nicht nach, kann dies zur Ablehnung des Antrages führen (§ 66 SGB I)

Im Rahmen meiner Mitwirkungspflicht nach dem Sozialgesetzbuch (§§ 60-67 SGB I) bin ich verpflichtet, diejenigen Ärzte, die mich behandelt haben oder denen ich vorgestellt worden bin oder werde, auf Anforderung von der ärztlichen Schweigepflicht gegenüber dem Träger der Hilfe zu entbinden, soweit dies für die Gewährung der Hilfe erforderlich ist.

Wenn und solange ich Leistungen erhalte, werde ich Änderungen der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (Familien-, Wohn-, Einkommens-, Vermögens- und Aufenthaltsverhältnisse) sowie der Verhältnisse, über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich und unaufgefordert mitteilen. Dies gilt auch für Angaben zu den vertretenden Personen.

Mir ist bekannt, dass meine Ansprüche gegen Drittverpflichtete (z.B. auf Unterhalt) auf den Träger der Hilfe übergehen und/oder Erstattungsansprüche gegen andere Leistungsträger (z. B. Wohngeld, Arbeitslosengeld I und II, Krankengeld, Rente) geltend gemacht werden können.

Die Aufnahme jeder Arbeit, auch Gelegenheitsarbeit usw. werde ich vor Aufnahme der Arbeit sofort anzeigen.

Mir ist bekannt, dass meine personenbezogenen Daten zur Durchführung der Berechnung von Leistungen in einer Anlage zur automatisierten Datenverarbeitung gespeichert werden. Die Übermittlung von Sozialdaten ist nach § 69 Abs. 5 und § 67c Abs. 3 S. 1 Zehntes Sozialgesetzbuch (SGB X) ferner zulässig für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Rechnungshöfe und wenn sie für die Wahrnehmung von Aufsichts-, Kontroll- und Disziplinarbefugnissen, der Rechnungsprüfung oder der Durchführung von Organisationsuntersuchungen für die zu speichernde Stelle erforderlich ist.

Mir ist bekannt, dass gemäß § 93 Abs. 8 Abgabeordnung (AO) die Behörde die Möglichkeit hat, das Bundeszentralamt für Steuern zu ersuchen, bei den Kreditinstituten die in § 93 Abs. 1 AO bezeichneten Daten abzurufen, soweit dies zur Überprüfung des Vorliegens der Anspruchsvoraussetzungen erforderlich ist und ein vorheriges Auskunftersuchen an den Betroffenen nicht zum Ziel geführt hat oder keinen Erfolg verspricht

Bankverbindung

Name des Kontoinhabers:

Name der Bank:

IBAN:

BIC:

D	E													

Gleichzeitig ermächtige ich das Geldinstitut, an das die Leistungen überwiesen werden, überzahlte Beträge auf Anforderung des Sozialhilfeträgers zurück zu überweisen. Dies gilt mit Wirkung auch für meine Erben und etwaige Verfügungsberechtigte.

Ich bin damit einverstanden, dass im Rahmen der Sachbearbeitung die Daten aus den Antragsunterlagen elektronisch gespeichert und ausschließlich von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialverwaltung zur Bearbeitung von Anträgen auf Sozialleistungen gemäß § 69 Abs. 1 SGB X verwendet werden. Dadurch wird eine Zuordnung meines Falles an die zuständigen Sachbearbeiter/Innen ermöglicht und ein evtl. Doppelbezug von Hilfe vermieden.

Ich bevollmächtige meine(n) Ehegatten/Ehegattin /Lebenspartner bzw. Partner(in) der eheähnlichen Gemeinschaft zur Entgegennahme von Verwaltungsakten und entsprechenden Geldleistungen. ja nein

Ort	Datum	
		Unterschrift des Hilfesuchenden, bei minderj. Kindern der gesetzliche Vertreter
Aufgenommen von (Name des Sachbearbeiters)		Unterschrift des Ehegatten
Datum		

Hinweise zum Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – Zwölftes Buch (SGB XII)

Sehr geehrte Antragstellerin, sehr geehrter Antragssteller,

diese Hinweise sollen Ihnen das Ausfüllen des Antrages auf Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII erleichtern.

Dennoch wird es vielfach erforderlich werden, weitere Nachweise zu erbringen, da die Voraussetzungen für eine Leistung durch den Sozialhilfeträger so umfangreich sind, dass nicht alle Konstellationen mit dieser Information abgedeckt werden können. Wir bitten in diesem Fall daher bereits jetzt um Ihr Verständnis.

1. Der Antrag ist mit allen Nachweisen **in Kopie** an den Kreis Bergstraße, Der Kreisausschuss, Soziales, Graben 15, 64646 Heppenheim, zu richten.
2. Bei allgemeinen Anfragen können Sie sich gerne an die allgemeine Behördentelefonnummer 115 wenden.
Über diesen telefonischen Erstkontakt werden Sie im erforderlichen Falle an die/den zuständigen Sachbearbeiter/in des Teams Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt im Landratsamt Heppenheim weiterverbunden.

Das Team ist in den Bürozeiten von

Montag bis Dienstag von
8:00 – 11:30 Uhr
Donnerstag von 8:00 bis 11:30 Uhr
und von 14:00 bis 18:00 Uhr
Freitag von 8:00 - 11:30 Uhr
Mittwoch ist kein Sprechtag

telefonisch erreichbar.

Termine erfolgen nur nach vorheriger telefonischer Vereinbarung.

3. Der Antragsteller ist dazu verpflichtet, alle Angehörigen und im Haushalt lebenden Familienmitglieder vollständig anzugeben.
4. Der Antragsteller ist verpflichtet, vollständige Angaben über die Art und Höhe seines Einkommens und Vermögens zu machen. Bei Ehepaaren bzw. eingetragenen Lebenspartnern müssen auch Angaben zu Einkommen und Vermögen des Partners gemacht werden.
5. Der Antrag kann nur vollständig ausgefüllt mit den dazugehörigen Nachweisen der Antragsteller bearbeitet werden. Alle Nachweise sind in Kopie einzureichen.
Durch sorgfältiges Ausfüllen vermeiden Sie Nachfragen und damit zeitliche Nachteile.

Mitwirkungspflichten

Sozialgesetzbuch Erstes Buch Dritter Teil

§ 60 Angabe von Tatsachen

(1) Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat

1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen.
2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leitung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen,
3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen. Satz 1 gilt entsprechend für denjenigen, der Leistungen zu erstatten hat.

(2) Soweit für die in Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Angaben Vordrucke vorgesehen sind, sollen diese benutzt werden.

§ 61 Persönliches Erscheinen

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers zur mündlichen Erörterung des Antrages oder zur Vornahme anderer für die Entscheidung über die Leistung notwendiger Maßnahmen persönlich erscheinen.

§ 62 Untersuchungen

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll sich auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers ärztlich oder psychologischen Untersuchungsmaßnahmen unterziehen, soweit diese für die Entscheidung über die Leistung erforderlich sind.

§ 65 Grenzen der Mitwirkung

(1) Die Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 64 bestehen nicht, soweit

1. ihre Erfüllung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der in Anspruch genommenen Sozialleistung oder ihrer Erstattung steht oder
2. ihre Erfüllung dem Betroffenen aus einem wichtigen Grund nicht zugemutet werden kann oder
3. der Leistungsträger sich durch einen geringeren Aufwand als der Antragsteller oder Leistungsberechtigte die erforderlichen Kenntnisse selbst beschaffen kann.

(2) Behandlung und Untersuchungen,

1. bei denen im Einzelfall ein Schaden für Leben oder Gesundheit nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann,
2. die mit erheblichen Schmerzen verbunden sind oder
3. die einen erheblichen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit bedeuten, können abgelehnt werden.

(3) Angaben, die dem Antragsteller, dem Leistungsberechtigten oder ihnen nahestehende Personen (§ 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung) die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden, können verweigert werden.

§ 65 a
Aufwendungsersatz

- (1) Wer einem Verlangen des zuständigen Leistungsträgers nach den §§ 61 oder 62 nachkommt, kann auf Antrag Ersatz seiner notwendigen Auslagen und seines Verdienstausfalls in angemessenem Umfang erhalten. Bei einem Verlangen des zuständigen Leistungsträgers nach § 61 sollen Aufwendungen nur in Härtefällen ersetzt werden.
- (2) Absatz 1 gilt auch, wenn der zuständige Leistungsträger ein persönliches Erscheinen oder eine Untersuchung nachträglich als notwendig anerkennt.

§ 66
Folgen fehlender Mitwirkung

- (1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhaltes erheblich erschwert.
- (2) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung wegen Pflegebedürftigkeit, wegen Arbeitsunfähigkeit, wegen Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit oder wegen Arbeitslosigkeit beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 62 bis 65 nicht nach und ist unter Würdigung aller Umstände mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass deshalb die Fähigkeit zur selbständigen Lebensführung, die Arbeits-, Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit beeinträchtigt oder nicht verbessert wird, kann der Leistungsträger die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen.
- (3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

§ 67
Nachholung der Mitwirkung

Wird die Mitwirkung nachgeholt und liegen die Leistungsvoraussetzungen vor, kann der Leistungsträger Sozialleistungen, die er nach § 66 versagt oder entzogen hat, nachträglich ganz oder teilweise erbringen.

Datenschutzhinweise

Allgemeine Informationen zur Datenverarbeitung nach § 82 Sozialgesetzbuch, Zehntes Buch (SGB X) sowie Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (DS-GVO) für den Bereich des Sozialgesetzbuches, Zwölftes Buch (SGB XII)

Seit dem 25. Mai 2018 gilt mit der DS-GVO ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Sowohl die neue DS-GVO als auch insbesondere das Erste, Zehnte Buch und Zwölfte Sozialgesetzbuch (SGB I, X, XII) sowie die Abgabenordnung (AO) enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Rechten von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:

1. Verarbeitungszweck und Rechtsgrundlagen

a) Verarbeitungszweck (Art. 13 Abs. 1 Buchstabe c Halbsatz 1, Art. 14 Abs. 1 Buchstabe c Halbsatz 1 DS-GVO)

Die Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße verarbeitet Daten zum Zwecke seiner gesetzlichen Aufgabenerledigung nach den SGB I, X und XII. Die Abteilung Soziales ist hierbei „Verantwortlicher“ im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 DS-GVO. Die Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße ist nach Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zur Erbringung von Geld-, Sach- und Dienstleistungen verpflichtet. Dazu zählen Leistungen zur Beratung, Sicherung des Lebensunterhaltes sowie Verringerung oder Beendigung der Hilfebedürftigkeit. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Leistungsträger oder anderer Stellen sowie der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch verarbeitet. Dies gilt auch für die Ausstellung von Bescheinigungen. Personenbezogene Daten werden zudem durch das Statistische Bundesamt erhoben.

b) Rechtsgrundlagen (Art. 13 Abs. 1 Buchstabe c Halbsatz 2, Art. 14 Abs. 1 Buchstabe c Halbsatz 2 DS-GVO)

Die Datenverarbeitung durch die Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße erfolgt insbesondere gemäß §§ 67 ff. SGB X, §§ 117, 121 ff. SGB XII i. V. m. Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben c und e, Art. 13 Abs. 2 Buchstabe e DS-GVO sowie nach spezialgesetzlichen Regelungen. Darüber hinaus ist gemäß § 67 b SGB X i. V. m. Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe a) DS-GVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.

2. Personenbezogene Daten und Kategorien (Art. 15 Abs. 1 Buchstabe b, Art. 14 Abs. 1 Buchstabe d DS-GVO)

Insbesondere folgende Daten werden von der Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße verarbeitet:

a) Stammdaten und Kontaktdaten:

Das sind beispielsweise: Aktenzeichen, Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer (freiwillige Angabe), E-Mail-Adresse (freiwillige Angabe), Familienstand, Staatsangehörigkeit und Bundesland, Aufenthaltsstatus, Dauer des Aufenthaltstitels, Renten-/Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung.

b) Daten zur Leistungsgewährung

Das sind beispielsweise: Art und Höhe der angerechneten Einkommen, Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, -höhe, -art, Art der geleisteten Mehrbedarfe, Bedarfe der Unterkunft und Heizung, Daten zur Unterhaltsansprüchen/Regressansprüchen, Daten zu Erben/Unterhaltspflichtigen, Daten zu Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung und Vorsorge, Art der Unterbringung, Leistung durch ein persönliches Budget, Daten zum Betreuer und des Betreuungsumfangs, Daten der bevollmächtigten Person

c) Gesundheitsdaten

Das sind beispielsweise: Begutachtungen sowie Stellungnahmen durch das Gesundheitsamt des Landkreises Bergstraße, Daten für die Beauftragung der Deutschen Rentenversicherung zur Beurteilung der Erwerbsfähigkeit, Daten zur Schwerbehinderung, Daten zur Durchführung eines Teilhabeverfahrens, Daten zur Erbringung oder Gründe der Nichterbringung von Sozialversicherungsträgern und einer privaten Pflegeversicherung.

d) Forschungsdaten (Befragungsdaten) und Statistikdaten

Das sind beispielsweise: freiwillige Angaben im Bedarfsfall bei Zusatzerhebungen, Kennnummern des Leistungsberechtigten, Name und Telefonnummer sowie Adresse für elektronische Post der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Person.

3. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (§ 82 SGB X, Art. 13 Abs. 1 Buchstabe e, Art. 14 Abs. 1 Buchstabe e DS-GVO)

a) Inland

Die unter Ziffer 2 genannten Daten können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung der Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße gem. §§ 68 – 77 SGB X an Dritte übermittelt werden wie beispielsweise:

- andere Sozialleistungsträger (z. B. Agentur für Arbeit, Jobcenter, Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung),
- hiesige Kreiskasse
- Vertragsärzte, Gesundheitsamt,
- Zollbehörden, Finanzämter,
- Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr (z. B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz),
- Gerichte, Beteiligte eines Widerspruchs- und ggf. Klageverfahrens
- Bundeszentralamt für Steuern (Kontenabrufer suchen gem. § 93 Abs. 8 Satz 1 Nr. 1 AO)
- andere Dritte wie z. B. kommunale Ämter, Kfz-Zulassungsstelle, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Leistungsanbieter (z. B. Pflegedienste, stationäre Einrichtungen), Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe,
- Auftragsverarbeiter bei gesonderter Beauftragung Dritter (z. B. IT-Dienstleister, Scandienstleister),
- bei Beauftragung/Direktzahlung: Zahlungsempfänger wie Vermieter, Energieversorger
- Sucht- und Schuldnerberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), psychosoziale Beratung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Schulen (nur mit Einwilligung des Betroffenen), externe Forschungsinstitute (nur bei Forschungsanträgen, die durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales genehmigt wurden).

b) Ausland

Ihre personenbezogenen Daten werden gemäß Art. 13 Abs. 1 Buchstabe f i. V. m. Art. 14 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt. Ausgenommen hiervon sind nachrangig bei nicht anderweitig zu erreichender Zweckerreichung lediglich Drittländer mit Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission i. S. d. Art. 45 DS-GVO.

4. Datenverarbeitung und Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 Buchstabe a, Art. 14 Abs. 1 Buchstabe a DS-GVO)

Die personenbezogenen Daten werden im meist maschinellen Verfahren zur Berechnung der zustehenden Leistungen zugrunde gelegt. Die Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße setzt dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um die personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen. Die Sicherheitsstandards entsprechen stets den aktuellen technologischen Entwicklungen.

Für Daten zur Inanspruchnahme von Geld- und Sachleistungen nach dem SGB XII besteht eine Speicherfrist von 10 Jahren nach Beendigung des Falles. Die gleiche Speicherdauer besteht für ärztliche Unterlagen, soweit diese für das Gesundheitsamt des Landkreises Bergstraße vorgelegt wurden. Ein Fall ist dabei beendet, wenn die Hilfebedürftigkeit weggefallen ist oder aus anderen Gründen kein Anspruch mehr auf Leistungen nach dem SGB XII besteht. Die Speicherfrist von 10 Jahren beruht auf der Möglichkeit der Rückforderung von Leistungen, wenn in diesem Zeitraum bekannt wird, dass Leistungen zu Unrecht gewährt wurden.

Ist eine Forderung der Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße (Rückforderung/ Erstattungsbescheid/ Darlehen) noch offen, werden die Daten gemäß den Vorschriften des SGB X, des Bürgerlichen Gesetzbuches und den Vorschriften der Zivilprozessordnung 30 Jahre lang aufbewahrt, weil erst dann die Ansprüche verjähren (vgl. §§ 50, 52 Abs. 2 SGB X). Die Berechnung der Frist erfolgt je nach Vollstreckungsversuch.

a) Erhebung von Daten i. S. d. Ziffer 2 bei Ihnen

Ihre Angaben im Leistungsantrag sind mit entsprechenden Nachweisen zu belegen. Werden Kontoauszüge vorgelegt, dürfen Verwendungszweck bzw. Empfänger einer Überweisung – nicht aber deren Höhe – geschwärzt werden, wenn es sich um besondere Arten von personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 9 DS-GVO handelt (Angaben über die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit, Sexualleben oder der sexuellen Orientierung).

b) Erhebung von Daten i. S. d. Ziffer 2 bei anderen Stellen

Sofern Sie nicht oder nicht vollständig an der Aufklärung des Sachverhalts mitwirken, kann die Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße auch Auskünfte einholen bzw. Daten erheben

- bei anderen Stellen im Zusammenhang zwischen diesen und den Ihnen bestehenden Rechtsverhältnissen (z. B. Arbeitseinkommen, Banken und Kreditinstitute) und bei anderen Personen im Hinblick auf möglicherweise gegen diese Personen bestehende Rechtsansprüche durch Sie bzw. zur Feststellung dieser Voraussetzungen (z. B. unterhaltsverpflichtete Eltern oder [frühere/getrenntlebende] Ehepartner), nach § 117 Abs. 1 bis 4 SGB XII,
- bei anderen Sozialleistungsträgern (z. B. Agentur für Arbeit, Jobcenter, Familienkasse, Unterhaltsvorschussstelle, Ämter für Ausbildungsförderung) nach §§ 3, 67a, 69 Abs. 1 Nr. 1 SGB X, § 117 Abs. 2 und 3 SGB XII inwieweit z. B. andere Sozialleistungen beantragt, bewilligt oder eingestellt wurden oder inwieweit Aussicht auf Bewilligung dieser Leistungen besteht, auch im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Erstattungsansprüchen nach dem SGB X und SGB XII, und
- beim Finanzamt zu Einkommens- und Vermögensverhältnissen nach § 21 Abs. 4 SGB X und – insbesondere bei selbstständiger wirtschaftlicher Tätigkeit – zur Einkommensteuererklärung oder zum bereits ergangenen Einkommensteuerbescheid nach § 31a Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb bzw. Nr. 2 AO.

Gemäß § 117 Abs. 5 SGB XII gilt, dass die nach den Absätzen 1 bis 4 zur Erteilung einer Auskunft Verpflichteten Angaben verweigern können, die ihnen oder ihnen nahestehenden Personen (§ 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 ZPO) die Gefahr zuziehen würden, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

5. Manueller bzw. automatisierter Datenabgleich

Bei Personen, die Leistungen nach dem SGB XII beziehen, wird gem. § 118 SGB XII ein regelmäßiger Datenabgleich für alle Haushaltsmitglieder (Leistungsbezieher oder Mitglieder der Einsatzgemeinschaft), auch in automatisierter Form, insbesondere mit der Datenstelle der Rentenversicherung, durchgeführt.

Es darf z.B. abgeglichen werden, ob während des Bezuges von Grundsicherungsleistungen oder von Hilfe zum Lebensunterhalt Arbeitslosengeld II gezahlt wird, ob eine versicherungspflichtige oder geringfügige Beschäftigung besteht oder in welcher Höhe Kapitalerträge zufließen, für die ein Freistellungsauftrag erteilt worden ist. Ebenso ist ein Abgleich mit der Meldebehörde zu Meldeanschriften, Wohnungsstatus und Zeitpunkt von Ummeldungen möglich.

Zudem besteht die Möglichkeit eines Kontenabrufs beim Bundeszentralamt für Steuern nach § 93 Abs. 8 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe e AO.

6. Datenquellen (öffentlich zugänglich)

Die Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße kann gemäß Art. 14 Abs. 2 Buchstabe f DS-GVO unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen erheben. Dies können z. B. andere Sozialleistungsträger, Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Einrichtungen, Pflegedienste und sonstige Dienstleister etc. sein. Weiterhin können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden wie z. B. Internet, Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter usw.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 Buchstabe b, Art. 14 Abs. 2 Buchstabe c DS-GVO)

Nach der DS-GVO bestehen verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus § 83 ff. SGB X i. V. m. Artikel 15 bis 18 und 21 DS-GVO.

a) Recht auf Auskunft und Übertragbarkeit

Sie können nach Art. 15 DS-GVO Auskunft über Ihre von der Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem schriftlichen Auskunftsantrag sollen Sie Ihr Anliegen präzisieren, um der Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Sofern Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu.

b) Berichtigung/Vervollständigung

Sofern nachgewiesen wird, dass die bei der Abteilung Soziales des Landkreises Bergstraße verarbeiteten personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig erfasst sind, werden diese gemäß Art. 16 DS-GVO nach Bekanntwerden unverzüglich berichtigt oder vervollständigt.

c) Löschung

Sofern nachgewiesen wird, dass personenbezogene Daten zu Unrecht verarbeitet wurden, wird unverzüglich die Löschung der betroffenen Daten nach Art. 17 DS-GVO in Verbindung mit § 84 Abs. 1 Satz 3 SGB X veranlasst. Das gilt auch, wenn die Daten zur Aufgabenerledigung nicht mehr benötigt werden. Für die Beurteilung dieser Sachlage sind die Speicherfristen maßgebend, wobei Rechnungslegungsfristen oder Rückforderungsfristen (vgl. hierzu Punkt 4 Dauer der Speicherung) zu berücksichtigen sind.

d) Einschränkung

Sofern nach entsprechendem Einwand Ihrerseits die Unrichtigkeit der personenbezogenen Daten geltend gemacht, aber nicht nachgewiesen wird und Grund zur Annahme besteht, dass mit einer Löschung schutzwürdige Interessen Ihrer Person verletzt würden, tritt anstelle einer Löschung nach Art. 18 DS-GVO in Verbindung mit § 84 Abs. 3 SGB X eine Einschränkung der verarbeiteten personenbezogenen Daten. Gleiches gilt, wenn eine Löschung abgelehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt wird oder die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, von Ihnen jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

8. Widerruf der Einwilligung

Sollten Ihre personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer ausdrücklichen Einwilligung verarbeitet (d. h. insbesondere erhoben) worden sein, können Sie diese Einwilligung jederzeit für die Zukunft nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DS-GVO in Verbindung mit Art. 7 Abs. 3, Art. 13 Abs. 2 Buchstabe c, Art. 14 Abs. 2 Buchstabe d DS-GVO widerrufen. Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt.

9. Zweckänderung

Die Verwendung personenbezogener Daten zu einem anderen Zweck als dem Erhebungszweck ist nur im Rahmen der unter Ziffer 1 genannten Zwecke gemäß Art. 13 Abs. 3, 14 Abs. 4 DS-GVO zulässig und sofern der neue Zweck mit dem Erhebungszweck kompatibel ist.

10. Kontaktdaten/Adressen (Art. 13 Abs. 1 DS-GVO)

Verantwortlicher:

Landkreis Bergstraße
Der Kreisausschuss
Abteilung Soziales
Postfach 1107
64629 Heppenheim
Telefon: 115
E-Mail: soziales@kreis-bergstrasse.de

Datenschutzbeauftragter:

Landkreis Bergstraße
Der Kreisausschuss
-Datenschutz-
Gräffstraße 5
64646 Heppenheim
Telefon: 06252-15-5211; Fax: 06252-15-5560
E-Mail: datenschutz@kreis-bergstrasse.de

11. Widerspruchs- und Beschwerderecht

Es besteht kein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Artikel 21 Abs. 1 DS-GVO, da die Prüfung des Anspruches auf Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vorsieht und die Datenverarbeitung der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung dient (Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c DS-GVO, Artikel 21 Abs. 1 DS-GVO).

Sie haben nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO die Möglichkeit, sich nach Art. 13 Abs. 2 Buchstabe d, Art. 14 Abs. 2 Buchstabe e DS-GVO an den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu wenden, sofern Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die gesetzlichen Grundlagen verstößt.

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Wilhelmstraße 7
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611-1408-0
E-Mail: Poststelle@datenschutz.hessen.de